

EVG verwahrt sich gegen Eingriff in die Tarifautonomie

EVG-Tarifvorstand Kristian Lorch hat Bundeskanzler Olaf Scholz für dessen Vorschlag kritisiert, mit Gewerkschaften und Arbeitgebern über ein abgestimmtes Vorgehen zur Eindämmung der Inflation sprechen zu wollen.



„Auch wenn der Kanzler anderes behauptet, ist ein solches Vorgehen ein Eingriff in die Tarifautonomie. Schon die Einladung macht deutlich, dass am Ende Zurückhaltung bei den Lohnforderungen erwartet wird. Dass die Arbeitgeber schon jetzt Beifall klatschen, unterstreicht diesen Eindruck“, so Kristian Lorch.

„Unsere Kolleginnen und Kollegen bei Bus und Bahn erwarten angesichts dramatisch steigender Preise ein deutliches Plus bei den anstehenden Lohnverhandlungen. Diesen Auftrag haben wir umzusetzen. Natürlich sind wir grundsätzlich gesprächsbereit, wenn das Ergebnis nicht zu unseren Lasten gehen soll“, stellte Kristian Loroach klar.

Klar sei allerdings: „Mit unserer Lohnforderung reagieren wir auf steigende Preise; die gestiegenen Preise sind keine Folge von Lohnerhöhungen. Mit diesem Vorurteil muss endlich mal aufgeräumt werden“, machte er deutlich.

Die EVG verhandelt ab dem 27.2.2023 nahezu gleichzeitig für rund 50 Unternehmen in ihrem Organisationsgebiet. Zur Zeit werden Mitgliederveranstaltungen zur Vorbereitung der Forderungsfindung durchgeführt. Letzte Station ist am Donnerstag, 2. Juni 2022, Oberhausen. Ihre gemeinsame Lohnforderung für alle 50 Unternehmen wird die EVG Anfang Februar 2023 beschließen.